

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 57

FREITAG, DEN 19. JULI

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Glücksspielwesens	1109	Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1110
Änderung der Satzung der Innovationsstiftung Hamburg	1110	Wechsel der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung Eimsbüttel	1110
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	1110	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche	1111
		Öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Marienthal 33	1111

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Glücksspielwesens

Vom 16. Juli 2013

I

Zuständig für die Durchführung des Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) vom 15. Dezember 2011 (HmbGVBl. 2012 S. 240) in der jeweils geltenden Fassung, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

1. in Angelegenheiten von Spielhallen und Gaststätten nach § 2 Absätze 3 und 4 GlüStV sind

die Bezirksämter,

2. in Angelegenheiten von Wettannahmestellen der Buchmacher und für Pferdewetten nach § 2 Absätze 4 und 5 GlüStV ist

die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,

3. in Angelegenheiten nach § 5 Absatz 4 und § 27 Absatz 2 in Verbindung mit § 9 a Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 GlüStV ist

die Behörde für Inneres und Sport,

4. im Übrigen ist

die Behörde für Inneres und Sport.

II

Zuständig für die Durchführung des Hamburgischen Glücksspieländerungsstaatsvertrags-Ausführungsgesetzes vom 29. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 235) in der jeweils gelten-

den Fassung ist, sofern nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

die Behörde für Inneres und Sport.

III

(1) Zuständig für die Durchführung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank vom 24. Mai 1976 (HmbGVBl. S. 139), zuletzt geändert am 30. November 2010 (HmbGVBl. S. 631), und der darauf gestützten Rechtsverordnungen in den jeweils geltenden Fassungen ist, sofern nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

die Behörde für Inneres und Sport.

(2) Abschnitt IX Nummer 8 der Anordnung über die Zuständigkeit der Finanzämter vom 28. Oktober 1997 (Amtl. Anz. S. 2609), zuletzt geändert am 15. April 2013 (Amtl. Anz. S. 642), in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

IV

Zuständig für die Durchführung des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 8. April 1922 (BGBl. III 611-14), zuletzt geändert am 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424, 1427), und der Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz vom 16. Juni 1922 (BGBl. III 611-14-1), zuletzt geändert am 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424, 1426), in den jeweils geltenden Fassungen ist, soweit dort oder nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

1. in Rennwettangelegenheiten nach Abschnitt I des Rennwett- und Lotteriegesetzes und insoweit auch nach §§ 26 und 27 des Rennwett- und Lotteriegesetzes sowie Abschnitt A der Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz

die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation,

2. im Übrigen

die Behörde für Inneres und Sport.

V

Zuständig für die Durchführung des Hamburgischen Spielhallengesetzes vom 4. Dezember 2012 (HmbGVBl. S. 505) sowie der darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung sind, soweit dort oder nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

die Bezirksämter.

VI

Zuständige Behörde für die Beteiligungsverwaltung bei staatlichen Glücksspiellangeboten ist

die Finanzbehörde.

VII

Fachbehörde nach §§ 42 und 44 bis 46 des Bezirksverwaltungsgesetzes vom 6. Juli 2006 (HmbGVBl. S. 404, 452), zuletzt geändert am 30. Oktober 2012 (HmbGVBl. S. 449, 452), in der jeweils geltenden Fassung ist

1. in den Fällen von

1.1 Abschnitt I Nummer 1 hinsichtlich §§ 6 und 7 GlStV und

1.2 Abschnitt V hinsichtlich § 6 Absätze 3 bis 7 und § 7 Absatz 1 Nummern 11 bis 15 des Hamburgischen Spielhallengesetzes sowie hinsichtlich der auf § 2 Absatz 6 und § 6 Absatz 4 Satz 3 des Hamburgischen Spielhallengesetzes gestützten Rechtsverordnungen

die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz,

2. im Übrigen

die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation.

VIII

Die Anordnung über Zuständigkeiten im Glücksspiel- und Spielbankwesen vom 18. Dezember 2007 (Amtl. Anz. S. 3252) in der geltenden Fassung und die Anordnung zur Durchführung des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 28. September 1976 (Amtl. Anz. S. 1000) in der geltenden Fassung werden aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 16. Juli 2013.

Amtl. Anz. S. 1109

Änderung der Satzung der Innovationsstiftung Hamburg

Das Kuratorium der Innovationsstiftung Hamburg hat in seiner Sitzung am 24. Juni 2013 gemäß § 8 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung der Innovationsstiftung vom 14. Mai 1996 (HmbGVBl. S. 74), zuletzt geändert am 5. April 2004 (HmbGVBl. S. 197, 198), mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde beschlossen:

Die Satzung der Innovationsstiftung Hamburg vom 29. November 2004 wird wie folgt geändert:

In § 5 der Satzung über die Innovationsstiftung Hamburg wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Kuratorium beruft den Vorstand ab.“

Hamburg, den 24. Juni 2013

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1110

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Marquard & Bahls hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Neubau einer Uferwand im Brooktorhafen im Rahmen des Neubaus eines Bürogebäudes im Bau Feld 65 in der HafenCity“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 13.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVP bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 11. Juli 2013

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1110

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hochbahn AG hat beim Rechtsamt der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für die Erneuerung bzw. Instandsetzung der Brücken Buchenkamp (Bauwerk D1 [050] Unterführung Moorbekweg im Stadtteil Hamburg-Volksdorf, Bezirk Wandsbek, Bauwerk D1 [051] Unterführung Wulfsdorfer Weg im Stadtteil Hamburg-Volksdorf, Bezirk Wandsbek und Bauwerk D1 [053] Unterführung Wulfsdorfer Hof in Schleswig-Holstein, Kreis Stormarn, Stadt Ahrensburg) eine Plangenehmigung gemäß § 28 Absatz 1 a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beantragt. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVP zu berücksichtigen wären. Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVP nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 19. Juli 2013

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Amtl. Anz. S. 1110

Wechsel der stellvertretenden Wahl- und Abstimmungsleitung Eimsbüttel

Nach der Wahlordnung für die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen

(HmbWO) in der Fassung vom 29. Juli 1986, zuletzt geändert am 20. September 2011 (HmbGVBl. S. 413), gebe ich bekannt:

Mit Wirkung zum 31. Mai 2013 habe ich die Bestellung des Herrn Oberregierungsrats Stephan Glunz zur stellvertretenden Bezirkswahlleitung des Bezirks Eimsbüttel und seiner Wahlkreise für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen aufgehoben (§ 19 Absatz 2 Satz 3 des Bürgerschaftswahlgesetzes).

An seiner Stelle habe ich Herrn Regierungsrat Dr. Elmar Schleif mit Wirkung zum 1. Juli 2013 zur stellvertretenden Bezirkswahlleitung des Bezirks Eimsbüttel und seiner Wahlkreise für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen bestellt (§ 19 Absatz 2 Satz 3 des Bürgerschaftswahlgesetzes).

Dieser Wechsel gilt kraft Gesetzes auch für den stellvertretenden Bezirksabstimmungsleiter (§ 24 Absatz 1 Nummer 1 des Volksabstimmungsgesetzes).

Gleichzeitig habe ich mit Wirkung zum 31. Mai 2013 die Ernennung von Herrn Oberregierungsrat Stephan Glunz zur stellvertretenden Kreiswahlleitung im Wahlkreis 20, Eimsbüttel, zu der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag aufgehoben und Herrn Regierungsrat Dr. Elmar Schleif mit Wirkung zum 1. Juli 2013 zur stellvertretenden Kreiswahlleitung im Wahlkreis 20, Eimsbüttel, zu der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag ernannt.

Hamburg, den 11. Juli 2013

Der Landeswahlleiter

Amtl. Anz. S. 1110

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Es ist beabsichtigt, nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen die Wegefläche Lohseplatz (Flurstück 989 teilweise) in der Gemarkung Altstadt-Süd für den öffentlichen Verkehr zu entwidmen.

Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll im Fachamt vorbringen. Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 11. Juli 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1111

Öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Marienthal 33

Das Bezirksamt Wandsbek beschließt, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Marienthal 33



Das Gebiet wird wie folgt begrenzt: Bornkamp – Nordgrenzen der Flurstücke 2015 und 3509, Nord-, West- und Südwestgrenze des Flurstücks 3510 der Gemarkung Marienthal (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 511) – Rauchstraße.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13 a BauGB als Plan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt, da der Bebauungsplan voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit der vorgesehenen Bezeichnung Marienthal 33 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine mehrgeschossige Wohnbebauung geschaffen werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 29. Juli 2013 bis einschließlich 30. August 2013 an den Werktagen (außer sonntags) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, IV. Obergeschoss (Flur), 22041 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der ausgelegten Unterlagen sind auch die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Lärmtechnische Untersuchung, artenschutzfachliche Analyse). Sie enthalten die folgenden Arten umweltbezogener Informationen:

1. mit folgenden wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch: Informationen zur Lärmsituation auf Grund des Verkehrsaufkommens und umliegender Gewerbegebiete,
2. mit folgenden wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere: Informationen zum potenziellen Vorkommen geschützter Arten und der möglichen Auswirkungen der Planung auf diese Tiere.

Diese Unterlagen können ebenfalls während der öffentlichen Auslegung beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 Absatz 2 a der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 12. Juli 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 1111

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 13 A 0238

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 13 A 0238
Hauptverteilungen
4115 B 2013 HAK Split Level Gebäude
Hauptverteilungen
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Elektroinstallationsarbeiten
- e) Ort der Ausführung:
Stoltenstraße 13, 22089 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Unterkunftsgebäude
Art und Umfang der Leistung:
Demontage/Montagearbeiten Hauptverteilungen
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 9. September 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 13. Dezember 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 26. Juli 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 2. August 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 14,– Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0238
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
27. August 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist
27. September 2013
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent
für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt
erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).**

**Technische Fragen: Herr Novotny
Telefon: 040/4 28 42 - 330**

Hamburg, den 11. Juli 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

631

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0229

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **13 A 0229**

Trockenbauarbeiten (Wände, Decke)

84114 B 2013 BBN HSU/Douaumont-Kaserne

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur
Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

13A0229 Trockenbauarbeiten (Wände, Decke)

Brandschutzsanieurng der Universität Mensa (UG, EG,
I. OG und DG)

- Demontage von 250 m² Rasterdecke,
- Demontage von 50 m² Akustikdecke,
- Sanierung von Bestandswänden 500 m²,
- Akustikdecke 50 m²

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 9. September 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 20. Dezember 2013

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 31. Juli 2013

Versand der Verdingungsunterlagen: 7. August 2013

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in
Papierform:

Höhe des Entgeltes: 6,– Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht ange-
nommen!

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0229

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so
ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine
Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden,
wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck ange-
geben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunter-
lagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der voll-
ständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe
Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegan-
gen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabe-
stelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

28. August 2013, 10.00 Uhr,

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem
Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis
der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins
für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präquali-
fikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunterneh-
men ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehe-
nen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Vor-
aussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nach-
weis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte
Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzule-
gen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigen-
erklärungen auch für die vorgesehenen Nachunterneh-
men abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind
präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der
Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste
des Vereins für die Präqualifikation von Bauunterneh-
men (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigen-
erklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch
Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“

genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 30. September 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

**Technische Fragen: Frau Schubert/Frau Ehrenstein
Telefon: 040 / 4 28 42 - 298 / - 309**

Hamburg, den 12. Juli 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

632

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 90, Telefax: 040 / 4 28 26 - 2488,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg A7 Elbtunnel
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-253/13**
A7 Elbtunnel, Asphaltinstandsetzung Rampenstrecke Süd, Röhre 2 und 3
Wesentliche Leistungen:
– Ausbau von 2800 m² Asphaltdeck- und Schutzschicht.
– Entfernen von 2800 m² bituminösen Abdichtung.
– Ca. 500 m² schadhaften Aufbaubeton partiell entfernen und durch neuen ersetzen.
– 2800 m² Betonflächen versiegeln und mit neuer bituminöser Abdichtung versehen.
– 2800 m² Schutz- und Deckschicht neu einbauen.
– 1000 m Fahrbahnmarkierung wieder herstellen.
– 3000 m² Schutzzelt auf- und nach der Fertigstellung wieder abbauen.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 13. September 2013, Ende: 6. Oktober 2013.
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:
Vom 10. Juli 2013 bis 25. Juli 2013, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

RB/ZVA, Zimmer E 01.419,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 12,– Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 26. Juli 2013, 9.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 26. Juli 2013 um 9.30 Uhr
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen. Bauzeitenplan, Erläuterung des Bauablaufs, Qualifikation für Betoninstandsetzung.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 6. September 2013
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 12. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

633

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
Baumanagement, Berliner Tor 5, 20099 Hamburg
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Fassadenarbeiten, WDVS
- e) Neubau Forschungszentrum EnergieCampus;
Am Schleusengraben 24, 21029 Hamburg-Bergedorf,
Curslack;

- f) Vergabenummer: **ÖA-HAW/FAS 007/13**
 Neubau Forschungszentrum EnergieCampus;
 21029 Hamburg-Bergedorf,
 Wesentliche Leistungen und Massen:
 – WDVS-Dichtband (Anschlussfugen), 350 m²
 – Fassadenbekleidung WDVS, 809 m²,
 – WDVS auf gekrümmter Fläche, 64 m²
 – Beschichtung WDVS, 527 m²
 – Fassadenbekleidung Edelstahl-Metallgewebe, 478 m²
 – UK Fassadenbekleidung Stahl-Winkel-Profile,
 270 Stück
 – Kunststoffelemente durchgefärbt (Logo), 16 Stück
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Baubeginn: ca. August 2014
 Bauende: ca. September 2014
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und
 Einsichtnahme: Vom 15. Juli 2013 bis 2. August 2013,
 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
 Anschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 ABH 57, Hochschulbau – HSB, Weidestraße 122 c,
 III. Obergeschoss, 22083 Hamburg
 Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
 Telefax: 040 / 4 27 94 - 07 94,
 E-Mail: hsbvergabe@bsu.hamburg.de
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 19,00 Euro
 Erstattung: Nein
 Zahlungsweise: ausschließlich Banküberweisung. Bar-
 geld Schecks und Briefmarken werden nicht angenom-
 men.
 Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB
 Konto-Nr.: 200 015 60, BLZ: 200 000 00
 IBAN: DE66200000000020001560
 Geldinstitut: Bundesbank
 Verwendungszweck: Referenz: 4040600000004
 (ÖA-HAW/FAS 007/13)
 Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn
 der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank-
 und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforde-
 rungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 15. August 2013,
 11.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: Siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebots-
 kennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 15. August
 2013 um 11.00 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o)
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit
 bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Lei-
 stungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Anga-
 ben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für even-
 tuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 9. Oktober 2013.

w) Beschwerdestelle:

Hochschule für Angewandte Wissenschaften,
 Der Beauftragte für den Haushalt,
 Berliner Tor 5, 20099 Hamburg

Hamburg, den 12. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

634

Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

- a) Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Einkauf/Vergabe U 40, zu Händen von Janne König,
 Telefon: 040/4 28 23 - 63 04, Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
 E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnah-
 mewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung
 für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

- d) Es wird ein zeitlich befristeter Rahmenvertrag ausge-
 schrieben, aufgrund dessen die vorgesehenen bis zu 25
 Vertragsunternehmen (siehe unten) verpflichtet sind,
 ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im
 Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen.
 Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Lei-
 stungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durch-
 geführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst
 findet der öffentliche Teilnahmewettbewerb statt. Die
 Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb
 sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzu-
 fordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Angebote, die
 nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht
 ausgeschlossen werden.

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angebo-
 ten der Bieter, die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes
 zur Angebotsabgabe aufgefordert worden sind, berei-
 nigte Mittelpreise errechnet. Das entsprechende Preis-
 verzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Be-
 tracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der
 Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausfüh-
 rung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit
 sind.

Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben ha-
 ben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen auf-
 genommen. Für die Liste sind insgesamt bis zu 25 Un-
 ternehmen vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berück-
 sichtigung bei der Auftragsvergabe oder ein bestimmtes
 Auftragsvolumen kann daraus nicht abgeleitet werden.

e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen der Freien
 und Hansestadt Hamburg.

f) Vergabenummer: **SBH ÖT 009/2013**

Der Rahmenvertrag SBH Hochbau „Trockenbauarbei-
 ten“ beinhaltet den Ausbau von raumbildenden Bautei-
 len, die in trockener Bauweise hergestellt werden. Er
 umfasst insbesondere das Herstellen von offenen und
 geschlossenen Deckenbekleidungen und Unterdecken,
 Wandbekleidungen und Vorsatzschalen, Brandschutzbe-
 kleidungen und -schächten und Trennwänden, sowie die

Montage von Türen in neuen und bestehenden Wänden und den Abbruch von Trockenbaudecken und -wänden.

Er dient als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen, Havariebeseitigungen und sonstiger Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang.

Nach dem Rahmenvertrag können Aufträge von maximal 5000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 25 Firmen) auf 576 312,- Euro/Jahr netto geschätzt.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn 1. Januar 2014, Ende 31. Dezember 2014 mit der Option auf Verlängerung.
- j) Entfällt
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 7. August 2013 um 12.00 Uhr.
Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)
- n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Mitte August 2013 an die qualifizierten Firmen verschickt. Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Anfang September 2013 stattfinden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde,
SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe U 40,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am: –
Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Entfällt
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testier-

ten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerendengesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugeschädigung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. Dezember 2013.
- w) Beschwerdestelle:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung),

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 12. Juli 2013

Die Finanzbehörde

635

Öffentliche Ausschreibung

– Berichtigung –

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Grundschule Bindfeldweg,
Frohmeistraße 42, 22457 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 036/2013**
Neubau im Rahmen des GBS Kantinenprogrammes
Erweiterter Rohbau
- g) GBS-Kantinenprogramm, Neubau
- h) Angebote können für ein oder mehrere Lose abgegeben werden, ein Angebot für die Gesamtleistung ist nicht zulässig.
Erweiterter Rohbau
Baustelleneinrichtung
Abbrucharbeiten
 - 575 m² Aufnahmen, Abfahren und Entsorgen von Betonplaster inkl. Unterbau
 Erdarbeiten
 - 580 m² Baugrubenaushub Bkl. 3-5, bis ca. -2,00m, mit Abfuhr
 Grundleitungen SW/RW/fetthaltige Abw.
 - 45 m Rohrgraben herstellen bis 1,50m
 - 70 m Hochlast Kanalrohr DN 110 SW+RW aus PPSN10
 Beton- und Stahlbetonbauarbeiten
 - 94 m³ Ortbeton der Sohle, Streifen-Einzelfundament, C25/30
 - 406 m² Mehrlagige Abdichtung nach DIN 18195, Teil 4
 - 117 m Ringbalken 11,5-24/24
 Mauerwerksarbeiten
 - 327 m² KSV 12/1,8 MG IIa 11,5-24 cm, 2DF
 - 266 m² Verblendmauerwerk
 Zimmermannarbeiten
 - 7,7 m³ Brettschichtholz, GL 24h, für Dachbinder
 - 48 m Längsträger QRO 100*4
 Stahlbauarbeiten Trapezblech
 - 295 m² Trapezblech T135.1/088
 Putzarbeiten
 - 415 m² Kalkzementputz, 12-15 mm, 1-lagig
 Rohbau für Aussenanlagen
 - 42 m Betonrandstein 50/150 cm
 - 500 m² Asphaltbeton und Tragschicht

- i) Beginn: 33. Kalenderwoche 2013
Ende: 21. Kalenderwoche 2014
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 25. Juni 2013 bis 31. Juli 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 15,- Euro.
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 036/2013
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine Variante wählen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 1. August 2013 bis 11.50 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 1. August 2013 um 11.50 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. August 2013.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 12. Juli 2013

Die Finanzbehörde

636

Öffentliche Ausschreibung

– Berichtigung –

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Grundschule Bindfeldweg,
Frohmestraße 42, 22457 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 037/2013**

Neubau im Rahmen des GBS Kantinenprogrammes

LOS 1: Metallbauarbeiten

LOS 2: Trockenbau

LOS 3: Dach- und Klempnerarbeiten

LOS 4: Fliesenarbeiten

LOS 5: Estricharbeiten

g) GBS-Kantinenprogramm, Neubau

h) LOS 1: Metallbauarbeiten

- 2 Stück Stahl-Glas-Rahmen Türen 1-flg. und 2-flg.
- 7 Stück Alufensterelemente 5-teilig und 2teilig mit Tür

LOS 2: Trockenbau

- 64 m² GK-Montagewand, CW50/100, 2 x 12,5, Min40
- 178 m² Holzvolle Akustikdecke A2 geneigt 6 %
- 22 m² GK Decke
- 7 Stk. Umfassungszargen Innentüren

LOS 3: Dach- und Klempnerarbeiten

- 312 m² Dampfsperre auf Trapezblech, Wärmedämmung MW 037 d=220, 1. Abdichtungslage Elastomerbit. DINEN13707, Oberlage Polymerbit.-Schweißbahn

LOS 4: Fliesenarbeiten

- 125 m² Wandfliesen
- 65 m² Bodenfliesen R10 (R12)

LOS 5: Estricharbeiten

- 278 m² Trittschalldämmung MW 40 mm
- 278 m² Zementestrich, CT-C35-F5-S 65

i) Beginn: 33. Kalenderwoche 2013
Ende: 21. Kalenderwoche 2014

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 25. Juni 2013 bis 1. August 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro LOS.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 037/2013

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder

an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine Variante wählen.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 2. August 2013 – LOS 1 bis 10.10 Uhr, LOS 2 bis 10.30 Uhr, LOS 3 bis 10.50 Uhr, LOS 4 bis 11.10 Uhr und LOS 5 bis 11.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. August 2013 – LOS 1 um 10.10 Uhr, LOS 2 um 10.30 Uhr, LOS 3 um 10.50 Uhr, LOS 4 um 11.10 Uhr und LOS 5 um 11.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. August 2013.

w) Beschwerdestelle:

FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 12. Juli 2013

Die Finanzbehörde

637

Öffentliche Ausschreibung

– Berichtigung –

a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Grundschule Bindfeldweg,
Frohmestraße 42, 22457 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 038/2013**

Neubau im Rahmen des GBS Kantinenprogrammes

LOS 1: Sanitär

LOS 2: Heizung

LOS 3: Lüftung

LOS 4: Starkstrom

LOS 5: Schwachstrom

g) GBS-Kantinenprogramm, Neubau

- h) LOS 1: Sanitär
- 25 m HT-Abflussrohr DN 40-100
 - 150 m Rohrgraben herstellen bis 1.50 m
 - 130 m Hochlast Kanalrohr DN 110-150 RW/SW
 - 1 Stück Fettabscheider NS4
 - 90 m Trinkwasserlgt. Edelstahlrohr DN 12-25
 - 20 m MLK-Rohr DN 100
 - div. Sanitärobjekte und Zubehör
- LOS 2: Heizung
- 2 Stück geregelte Hocheffizienzpumpen
 - 80 m³ Rohrgrabenaushub bis 1.40 m
 - 467 m Stahlgewinderohr DIN 2440 DN 15-32
 - 10 Stück Heizkörper als Heizwand
 - 295 m Wärmedämmung f. Rohrlgt. bis DN20-32
- LOS 3: Lüftung
- 1 Stück Zuluftgerät/Geräteausführung AT 4 DIN EN 1886
 - 1 Stück Abluftgerät/Ausführung – Aufbau DIN EN 1886
 - 61 m Luftleitung DN 125-315
- LOS 4: Starkstrom
- 50 m Kabelgräben Tiefe 60 cm, Breite 30 cm, Bodenkl. 3
 - 408 m Aussenkapel A-2YF(L)2Y im Graben und a.Putz
 - 1 Stück Hausanschluss und Zählerverteilstation IP 44
 - 1.760 m Kabel auf Kabelbahn. in abgeh. Decken
 - 400 m Kabel und Putz (Herstellung von Wandschlitz)
- LOS 5: Schwachstrom
- 1 Stück Kompakte Rufanlage für Beh. WC
 - 1 Stück Zentrale Hausalarm / Brandmelde-Computer
 - 5 Stück Handmelder – Hausalarm – blau
 - 9 Stück Wand-Lautsprecher 2 x 6 W/100 V
 - 1 Stück Netzwerkschrank, 15 HE, Wandmontage
- i) Beginn: 33. Kalenderwoche 2013
Ende: 21. Kalenderwoche 2014
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 25. Juni 2013 bis 31. Juli 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro LOS.
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 038/2013
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine Variante wählen.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 1. August 2013 – LOS 1 bis 10.10 Uhr, LOS 2 bis 10.30 Uhr, LOS 3 bis 10.50 Uhr, LOS 4 bis 11.10 Uhr und LOS 5 bis 11.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 1. August 2013 – LOS 1 um 10.10 Uhr, LOS 2 um 10.30 Uhr, LOS 3 um 10.50 Uhr, LOS 4 um 11.10 Uhr und LOS 5 um 11.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. August 2013.

w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 12. Juli 2013

071605ks

Die Finanzbehörde

0000

Öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Aufhebung eines Teilnahmewettbewerbs Projektnummer: 143815/13

Die Inhalte sowie die große Anzahl der fernmündlichen und schriftlichen Nachfragen zum oben genannten Teilnahmewettbewerb (veröffentlicht im Amtl. Anz. Nr. 53 vom 5. Juli 2013 S. 1047) haben deutlich gemacht, dass die angestrebten Inhalte des nach dem späteren Verhandlungsverfahren abzuschließenden Dienstleistungsvertrages nicht hinreichend genug beschrieben wurden. Diesem Umstand kann im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sowie der gesetzten Fristen nicht Rechnung getragen werden. Deshalb wird hiermit der aktuelle Teilnahmewettbewerb mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ein Herunterladen der Teilnahmeunterlagen ist ab sofort nicht mehr möglich.

Eine erneute Ausschreibung dieses Vorhabens zu einem späteren Zeitpunkt wird angestrebt.

Hamburg, den 12. Juli 2013

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

638

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

802 K 22/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Feldblumenweg 5, 5 A belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 10 434 eingetragene 1475 m² große Grundstück (Flurstück 295), durch das Gericht versteigert werden.

Laut Gutachten ist das Grundstück mit einem eingeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienwohnhaus mit Einliegerwohnung bebaut, das Dachgeschoss ist zu Wohnzwecken ausgebaut. Baujahr etwa 1957, Anbau 1982 und 2001. Weitere An- und Umbauten sowie umfangreiche Modernisierung, insgesamt gehobene Ausstattung und gepflegter Zustand. Wohnfläche Hauptwohnung etwa 290 m², Einliegerwohnung etwa 33 m². Das Objekt wird eigengenutzt. Das im Gutachten erwähnte Wohnrecht wurde im Grundbuch gelöscht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 1 020 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 25. September 2013, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss links, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. April 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteige-

rungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. Juli 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**
Abteilung 802

639

Zwangsversteigerung

541 K 8/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22587 Hamburg, Elbchaussee 546 belegene, im Grundbuch von Dockenhuden Blatt 9647 auf den Namen Gerd Ostfeld Hoch- und Tiefbau KG, Scheeßel, eingetragene Wohnungseigentum Nummer 3, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Es handelt sich um eine 4-Zimmer-Wohnung im Dachgeschoss eines 2010 errichteten zweigeschossigen Mehrfamilienhaus mit insgesamt 3 Wohneinheiten. Die Wohnung verfügt über etwa 133 m² Wohnfläche mit Kellerraum inklusive der hälftigen Anrechnung der Dachterrassenfläche. Das Sondereigentum befindet sich im Rohbauzustand, die Dachterrasse weist einen erheblichen Baumangel auf. Zu der Wohnung gehört noch das Sondernutzungsrecht an einem Tiefgaragenstellplatz. Das monatliche Wohngeld beträgt 390,- Euro. Das Wohnungseigentum ist in attraktiver und nachgefragter Lage belegen.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 7. Mai 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 703 000,- Euro, Einheitswert 9867,- Euro, Gebäudefeuersicherungswert: nicht bekannt.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 20. September 2013, 10.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und,

wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. Juli 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**
Abteilung 541

640

Zwangsversteigerung

616 K 17/12. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kirchdorfer Straße 28, 21109 Hamburg belegene, im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 8791 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 1/21 Miteigentumsanteilen an dem 4941 m² großen Flurstücken 11472 und 11471, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer II/8, durch das Gericht versteigert werden.

Endreihenhaus, Baujahr 2005. Erdgeschoss mit Windfang, Kellerersatzraum, Flur, Gäste-WC, Küche, Wohnzimmer, Abstellraum. Obergeschoss mit 4 Zimmern, Bad, Abstellraum, Flur, nicht unterkellert. Gesamtwohnfläche 118 m². Energiesparhaus. Grundstücksgröße etwa 235 m². 1 x Stellplatz im Doppel-Carport, Terrasse. Gastherme mit flüssigen Brennstoffen (Gas), Baujahr 2005. Warmwasserversorgung über Heizung. Die Nutzung erfolgt durch Schuldner.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 254 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 3. September 2013, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com,

www.zvhh.de und www.versteigerungs-pool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 22. Mai 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. Juli 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

641

Teilungsversteigerung

616 K 9/12. Im Wege der Versteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das in der Liebrechtstraße 65, 21079 Hamburg belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 10569 eingetragene 278 m² große Grundstück (Flurstück 1650), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, vollunterkellerten Einfamilienhaus in Form einer Doppelhaushälfte, Baujahr etwa 1899/1906. Wohnfläche etwa 117 m², verteilt auf Kellergeschoss, bestehend aus einem Flur und 4 Räumen. Erdgeschoss bestehend aus 3 Räumen (inkl. rückwärtigem Anbau), einem Flur mit Windfang, Duschbad und einer Küche. Obergeschoss bestehend aus 4 Räumen, einem Flur und einem Bad. Der Dachraum dient als Abstellfläche. Die Beheizung erfolgt über Wassertank und Nacht-

strom. Warmwasserversorgung über Durchlauferhitzer. Ferner sind vorhanden: Terrasse, ein Schuppen sowie ein Brunnen für die Gartenbewässerung im Keller. Das Haus ist unbewohnt bei einem überwiegend einfachen Ausstattungsstandard. Es besteht Modernisierungsbedarf.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 169 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 3. September 2013, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal 04 (Untergeschoss).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 101, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Telefon: 040/4 28 71 - 24 06, eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com, www.zvhh.de und www.versteigerungs-pool.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 3. April 2012 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 19. Juli 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

642

Ausschließungsbeschluss

406 II 3/13. Auf Antrag der BAG Bankaktiengesellschaft, Gabelsbergerstraße 1 a, 59069 Hamm, vertreten durch den Vorstand Udo Wittler, Monika Lösing und Andreas Zeiselmaier, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Abteilung 406, durch die Rechtspflegerin Lebedicker:

Der Gesamtgrundschuldbrief Gruppe 2 Nummer 13760061 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-Bergedorf von Lohbrügge Blatt 5936 und Blatt 6206, jeweils in Abteilung III unter der Nummer 5 – fünf – für die BAG Bankaktiengesellschaft, Gabelsbergerstraße 1 a, 590369 Hamm, eingetragene Gesamtgrundschuld über umgestellte 136 770,58 Euro (einhundertsechunddreißigtausendsiebenhundertsechzig 58/100 Euro) nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrages, wird für kraftlos erklärt.

Tatbestand und Entscheidungsgründe:

Die Antragstellerin hat ihre Antragsberechtigung glaubhaft gemacht. Danach ist der Antrag gemäß §§ 447 ff FamFG in Verbindung mit §§ 1170 BGB zulässig. Das Aufgebot wurde form- und fristgerecht bekanntgemacht. Irgendwelche Rechte wurden nicht angemeldet. Der Beschluss war daher auf Antrag gemäß §§ 439, 478 FamFG zu erlassen. Dieser Beschluss wird erst mit Rechtskraft wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist die Beschwerde möglich. Beschwerdeberechtigt ist derjenige, der durch diesen Beschluss beeinträchtigt ist. Die Beschwerde ist binnen einer Frist von einem Monat schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle bei dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, 21029 Hamburg, einzulegen. Die Frist beginnt mit der öffentlichen Zustellung. Die Zustellung gilt als bewirkt, wenn seit Aushang der Benachrichtigung ein Monat vergangen ist. Die Beschwerde soll begründet sein.

Hamburg, den 4. Juli 2013

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**
Abteilung 406

643

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz Gemeinschaft
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Sekretariat Abt. Warenwirtschaft
 Telefon: +49/40/8998-2480
 Telefax: +49/40/8998-4009
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Planung, Organisation und Durchführung von Highlights der Physik 2014 und Option zur Durchführung in den Jahren 2015 und 2016.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Dienstleistung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: –
 NUTS-Code: DE
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:
 Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer
 Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 3 Jahre
 Geschätzter Gesamtauftragswert über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung:
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 1 717 000,- Euro
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY (kurz DESY) schreibt als Auftraggeber in Wahrnehmung einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) übertragenen Aufgabe die inhaltliche und organisatorische Planung, die wissenschaftliche Konzepterstellung, Organisation, Durchführung und Auswertung der Veranstaltung „Highlights der Physik“ für das Jahr 2014 mit Option für die Jahre 2015 und 2016 aus.
 Seit einigen Jahren wird das Wissenschaftsfestival „Highlights der Physik“ mit jährlich wechselnden Themen veranstaltet. Dabei handelt es sich um eine in der Regel fünftägige Veranstaltung in einer jährlich wechselnden deutschen Stadt. Das Ziel der Veranstaltung ist, den Dialog zwischen Physik und Öffentlichkeit zu verbessern und bei einem breiten Publikum, insbesondere junge Menschen, für die naturwissenschaftliche Ausbildung, Akzeptanz der Naturwissenschaften/Technik und auch für die Forschungsförderung zu werben. Ort und Thema der Veranstaltung werden von den Veranstaltern (BMBF, DPG und der ausrichtenden Universität) gemeinsam festgelegt.
 Die Highlights der Physik werden gemeinsam vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) und der Universität der jeweils gastgebenden Stadt veranstaltet. Auftraggeber in Wahrung der Interessen des BMBF ist der Projektträger DESY. Für von der DPG übernommene Finanzierungsbestandteile des Auftrages ist die DPG Auftraggeber.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
 Hauptgegenstand: 79342000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Die Auftragsvolumina für die Durchführung der Highlights der Physik betragen für das Jahr 2014 560.000,- Euro (fünfhundertsechzigtausend Euro), für 2015 572.000,- Euro (fünfhundertzweiundsiebzigtausend Euro), für 2016 585.000,- Euro (fünfhundertfünfundachtzigtausend Euro) jeweils

zzgl. der anfallenden Umsatzsteuer. Die DPG beteiligt sich mit 105.000,- Euro (für 2014, mit der Option für 2015, 2016 den Betrag zu ändern) an den Modulen Schülerwettbewerb und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Zur Teilfinanzierung dieses Betrags versucht die DPG, die Unterstützung von Stiftungen zu gewinnen). Die Beauftragung und Abrechnung der von der DPG finanzierten Module erfolgt direkt durch die DPG, die Beschreibung der Module ist allerdings Bestandteil dieser Ausschreibung und des Angebots des Bieters. Es wird darüber hinaus von den Bietern erwartet, in Übereinstimmung mit den Wünschen der Veranstalter Sponsoren einzuwerben.

Aus dem Auftragsvolumen sollen aus den Beschreibungen der Module alle Pflichtmodule sowie möglichst viele optionale Module finanziert werden. Sponsorengelder sollen zur Finanzierung weiterer optionaler Module sowie weiterer neu zu entwickelnder Module verwendet werden.

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: Ja

Beschreibung der Optionen: Der erfolgreiche Bieter kann zu gleichen Bedingungen (abgesehen vom Auftragswert des jeweiligen Jahres) ohne weitere Ausschreibung mit den gleichen Leistungen für die Jahre 2015 und 2016 jeweils frühestens nach Abgabe des Abschlussberichts, spätestens im März des Veranstaltungsjahres, beauftragt werden. Mit der Angebotsabgabe erklärt der Bieter, dass er in den Jahren 2015 und 2016 die gleichen Leistungen mit jeweils anderer thematischer Ausrichtung und in einer jeweils anderen Stadt zu gleichen Bedingungen erbringen kann. Für die inhaltliche Konzeption für die Folgejahre wird es im Zuge der Folgevergabe eine oder mehrere Arbeitssitzungen zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber geben.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 1. Januar 2014

Abschluss: 31. Dezember 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kationen und Sicherheiten:

Siehe Ausschreibungsunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Ausschreibungsunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Arbeitsgemeinschaften haben Ihre Mitglieder und einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregisterrauszug. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129 a, 129 b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.
- Der Bieter keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, begangen hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der vorstehenden Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anzufordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens und Umsatz, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, Branchenkenntnisse.
- Vorlage einer Bankauskunft, die nicht älter als drei Monate alt sein darf und dem Bieter eine finanzielle Liquidität, Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen und Kreditwürdigkeit bestätigt.
- Anzahl der Mitarbeiter.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Referenzen über vergleichbare Leistungen aus den letzten drei Jahren unter Angabe des Auftraggebers, Ansprechpartner und Telefonnummer, sowie Art der Leistung, Umfang und Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter.

1124

Freitag, den 19. Juli 2013

Amtl. Anz. Nr. 57

- Einreichung der in den Spezifikationen genannten Unterlagen – kein Prospektmaterial.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 012-13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja
Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABI:
2013/S 059-097709 vom 23. März 2013

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 31. Juli 2013.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 23. August 2013, 11.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 28. Februar 2014

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Interessierte Bieter sind aufgefordert, die Ausschreibungsunterlagen ausschließlich in schriftlicher Form beim Sekretariat der Fachgruppe V4 abzufordern. Nach Erhalt der Unterlagen haben interessierte Bieter ihre Angebote bis zum genannten Termin bei DESY einzureichen. Die eingereichten Angebote und Unterlagen werden nach den im Anschreiben genannten Kriterien überprüft. Aus dem Bieterkreis behält sich DESY vor, Bieter zur kostenlosen Präsentation und mündlichen Erläuterung ihres Angebotes einzuladen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 101 b GWB.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

11. Juli 2013

Hamburg, den 11. Juli 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

644